

Forschungsgruppe Sustainability Governance, Universität Freiburg:

Solidaritätserklärung und kritisch-konstruktive Stellungnahme zu den Forderungen von „Transformations-Universität 2.0“

Wir unterstützen das Anliegen der Initiative **Transformations-Universität 2.0** ausdrücklich.

Wo, wenn nicht an der Universität, sollte eine Diskussion über die Dringlichkeit einer engagierteren Umwelt- und Sozial-Politik und über geeignete Maßnahmen geführt werden?

Eine Räumung des besetzten Hörsaals hielten wir für unangemessen; sie würde dem Ansehen der Universität großen Schaden zufügen.

Zu dem vorliegenden Dokument namens „Forderungen“ selbst:

Die Zustandsbeschreibung der Initiative halten wir im Wesentlichen für korrekt: Mutiges, schnelles politisches Handeln ist angesichts der aktuellen Herausforderungen unbedingt erforderlich. Die Universitäten können und müssen in der Debatte darüber eine zentrale Rolle übernehmen. Die Albert-Ludwigs-Universität kann sich noch sehr viel deutlicher und sichtbarer als bisher zu dieser Rolle bekennen. Andere Universitäten haben den Referenzrahmen „transformative Wissenschaft“ schon konsequenter mit Leben gefüllt.

Weil sie in diesem Sinne eine produktive Debatte innerhalb der Universität anstößt, halten wir die Initiative Transformations-Universität 2.0 für höchst sinnvoll und notwendig.

Auch **die formulierten Forderungen** halten wir in ihrer Zielrichtung grundsätzlich für sinnvoll. Im Sinne konstruktiver Kritik möchten wir jedoch einige Anmerkungen anbringen.

Transformations-Universität 2.0 fordert die **Ausrufung eines „sozial-ökologischen Notstands“**. Insofern, als damit öffentliche Aufmerksamkeit auf eine höchst drängende Problemlage gelenkt und die Notwendigkeit von transformativen, systemischen (also mehr als inkrementellen) Änderungen angezeigt wird, ist diese Forderung gut gewählt.

Auch ist begrüßenswert, dass Transformations-Universität 2.0 sich nicht auf das verengende Instrument des „Klimanotstands“ (vgl. Hulme 2019) bezieht, sondern mit Verweis auf einen „sozial-ökologischen Notstand“ sich eines breiteren, umfassenderen Bedeutungsrahmens bedient. Ebenso sinnvoll ist die Distanzierung zur Notstandsgesetzgebung von 1968.

Die „Notstands“-Metapher bleibt aber trotz dieser Klarstellungen und in weiterer Hinsicht sehr problematisch. Denn ihr Einsatz hat viele Auswirkungen auf politische Debatten, von denen nicht alle im Sinne der Initiative sein können (vgl. Patterson et al. 2021, Klein 2007).

Als Instrument zur Steuerung von Problemaufmerksamkeit richten Notstandserklärungen (intendierterweise) den Fokus auf den einen eng definierten Problembereich und entziehen damit gleichzeitig anderen Problembereichen Aufmerksamkeit, Legitimität und politisches Gewicht, was in Zeiten „multipler Krisen“ gefährlich sein kann.

Mike Hulme z.B. verweist darauf, dass Notstandserklärungen oft dazu führen, dass sich politische Ziele und Maßnahmen in besorgniserregender Weise auf eine reduzierte und auch thematisch stark eingeschränkte Anzahl von Indikatoren konzentrieren. Im Falle des Klimawandels ist der wichtigste Indikator der Fortschritt in Richtung Netto-Null-Emissionen bis zu einem bestimmten Datum. Die Bewältigung der Herausforderung des Klimawandels für das künftige Wohlergehen der Menschen erfordert jedoch eine Vielzahl unterschiedlicher politischer Ziele – genau das Gegenteil dessen, was Ausnahmezustände eventuell bewirken. (vgl. Hulme 2019)

Schließlich neigen Proponent*innen eines „Notstandsmodus“ auch dazu, die Rolle von Wissenschaft und Expertise im politischen Diskurs zu vereinfachen und engzuführen. So sieht Wolfgang Merkel (2021) – am Beispiel von Fridays for Future – zwei problematische Simplifizierungen: „Zum einen wird von ‚der‘ Wissenschaft im Singular gesprochen, als wäre es nicht gerade der konkurrierende Pluralismus der Wissenschaften mit ihren permanenten Widerlegungsversuchen, der den wissenschaftlichen Fortschritt auf der approximativen Wahrheitssuche garantiert. Zum anderen wird demokratische Politikgestaltung als eine Umsetzungsmaaschinerie ‚wahrhafter‘, ‚unbezweifelbarer‘ Erkenntnis verkannt – als gäbe es in der Migrationsfrage, in der Klimapolitik oder in der Pandemiepolitik immer nur ein politisches Problem und nicht vielfältige Folgewirkungen, die auf Freiheitsrechte, Arbeitsmarkt, Wirtschaftswachstum, Ungleichheit, Generationen- und Genderfragen abstrahlen. Eine der zu wenig beachteten Nebenfolgen der Verwissenschaftlichung der Politik ist die naive Simplifizierung dessen, was Wissenschaft und Politik sind und in der Demokratie sein dürfen, sein sollen und sein müssen.“

Die weiteren Forderungen jenseits der Ausrufung des Notstands:

In ihrer Zustandsbeschreibung kritisieren die Aktivist*innen richtigerweise das Auseinanderklaffen von hehren Zielen und kleinen oder nicht existenten Umsetzungserfolgen in der nationalen und internationalen Politik. In Bezug auf globale Umwelt- und Nachhaltigkeitsregime haben Najam und Muñoz (2011) das als „*Culture of Unaccountability*“ bezeichnet; es werden immer mehr Ziele und Forderungen formuliert, wohingegen kaum über konkrete Wege zu deren Umsetzung nachgedacht wird.

Vor diesem Hintergrund überrascht es, dass die weiteren Forderungen von Transformations-Universität 2.0 (Änderung von Grundordnung und Leitbild, Appell an Entscheidungsträger*innen) überwiegend moderat, unkonkret und symbolisch verbleiben.

Der avisierte Systemwechsel kann durch diese Forderungen nur indirekt und in geringerem Maße gefördert werden. Wir unterstützen daher sehr den Vorschlag unseres Kollegen Stefan Pauliuk (<https://www.blog.industrialecology.uni-freiburg.de/index.php/2022/06/22/uni-freiburg-tiefgreifende-nachhaltigkeitstransformation-notig/>) stärker auf der Ebene von universitätsinternen Strategien, Konzepten und Maßnahmenplänen anzusetzen.

Wir hoffen, damit und weiterhin zur **Transformations-Universität 2.1** beitragen zu können.

Michael Pregernig, Philipp Späth, Bleta Arifi, Desiree Schwindenhammer, Melanie Pelaez J., Zabrina Welter, Carolina Morano Hernandez, Romane Joly, Moritz Lauser, Robert John

Zitierte Quellen:

Hulme, Mike (2019): Climate Emergency Politics Is Dangerous. *Issues in Science and Technology*, 36/1, 23-25.

Klein, N. (2007). "The shock doctrine - The rise of disaster capitalism". New York, Metropolitan Books.

McHugh, Lucy Holmes, Lemos, Maria Carmen & Morrison, Tiffany Hope (2021): Risk? Crisis? Emergency? Implications of the new climate emergency framing for governance and policy. *WIREs Climate Change*, 12/6, e736.

Merkel, Wolfgang (2021): Neue Krisen: Wissenschaft, Moralisation und die Demokratie im 21. Jahrhundert. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 26-27/2021, 4-11.

Najam, Adil & Muñoz, Miquel (2011): Rio+20: Accountability and Implementation as Key Goals. *Sustainable Development Insights - No. 8*. Boston: The Frederick S. Pardee Center for the Study of the Longer-Range Future, Boston University.

Patterson, James, Wyborn, Carina, Westman, Linda, Brisbois, Marie Claire, Milkoreit, Manjana & Jayaram, Dhanasree (2021): The political effects of emergency frames in sustainability. *Nature Sustainability*, 4/10, 841-850.